

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Büro: Stadtbank, Dresden
Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, A.-G., Dresden
Geb. Schröder, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Gewerbeamt einschließlich Beiratsschul mit der täglichen Unterhaltungszeitung "Dresden, Witten, Aue", außerdem "Volk und Zeit", am 2. Markt, halbjährlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitmerweg 10, Fernsprech-Nr. 2541. Spezial-Zeitung nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weitmerweg 10, Fernsprech-Nr. 2541 und 12707.
Geschäftsstelle von 12 bis 1 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Kostenpreis: Grundpreise: die 30 mm breite Ausgabe 10 Pf.
Zeitung 10 Pf. und 25 Pf. Sammelzettel, Stellen- und Werbegeschenke 10 Pf. Plakat für Freizeitverleihung 10 Pf.

Nr. 20

39. Jahrg.

Dresden, Dienstag den 24. Januar 1928

Der Schulsohacher

D. Berlin, 24. Januar. (Eig. Junktensch.) Der Reichsversammlung Rauke wird heute nach der Täglichen Rundschau im Bildungsausschuss des Reichstags als Vorsitzender der Deutschen Volksparcie einer Abänderungsantrag gegen § 20 des Reichsschulgesetzes einbringen. Dieser Antrag soll die Umwandlung der Schonfrist für Simultanabschulen in unbegrenzte Schulfrist beenden, während der Regierungswahl eine Übergangsfrist von fünf Jahren vorstellt. Die Rauke betont, dass „die Deutsche Volksparcie von ihrer bisherigen Stellung des § 20 des Reichsschulgesetzes auch in Zukunft abweichen wird.“

Die Germania erklärt demgegenüber: „Für die Germania ist der in § 20 enthaltene Gedanke ein sehr wichtiger ganzer Schulgesetzes. Mit verdecktem Nachdruck setzt sie sich dafür ein, dass in der Frage des Eltertrechts durch das Schulgesetz allen Deutschen das gleiche Recht gewahrt werden soll, wie sie ein unerträglicher Gedanke, doch nach dem Willen der Deutschen Volksparcie gewünschte deutsche Länder in dieser Beziehung unter ein Ausnahmerecht gestellt werden sollen. Raus kommt die Sache des Ausnahmerechts nicht möglich sein sollte, dieser Grundgedanke ist für die Germania bestimmt.“ Die Germania fordert, dass die Verhandlungen über den § 20, der den geordneten Schulbetrieb bestimmt, und den § 14 zu trennen seien, der gewisse Richtlinien für den Religionsunterricht bestimmten Schülern aufstellt. Der Antrag ist infolge der Formulierung, die er in der ersten Lesung gegeben hat, die Folge, dass er die Errichtung konfessioneller Schulen außerordentlich erschwert und im § 14 wird bestimmt, dass es kommt, dass der Lehrbucher „im Benehmen“ mit den Religionsschülern zu erfolgen hat. Die enge Formulierung genügt der Germania nicht. Sie verlangt vielmehr, dass über ihren Einspruch entschieden wird und die Worte „im Einvernehmen“ annulliert werden.“

Die Kostenfrage

D. Berlin, 24. Januar. (Eig. Junktensch.) Das Reichsversammlung beschäftigt sich am Montag unter anderem auch mit der

Kostenfrage für das Reichsschulgesetz. Man konnte in dieser Frage dem Druck der Opposition nicht mehr ausweichen. Vor allem fordert auch die Wirtschaft endlich Aktivität. Die Auseinandersetzungen im Kabinett führen am Montag aber noch nicht zu einem Abschluss. Angeblich soll die Kostenfrage noch weiter durch Verhandlungen zwischen Vertretern des Reiches und der Länder geregelt werden.

Held lobt Heldt

S. München, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat am Montag die Vertreter der Presse empfangen, um ihnen seine Eindrücke von der Berliner Länderkonferenz zu schildern. Als interessant hält Held hervor, dass der bayerische Ministerpräsident sich in allen Punkten auf den gleichen Standpunkt wie Bayern gestellt habe, und ebenso interessant sei seine Volentie gegen Preußen gewesen. Auch aus den Ausführungen Henners sei hervorgegangen, dass er nicht gewillt ist, den Einheitsstaat „zu forcieren“. In den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers sei allgemein der Geist der Wirtschaft zur Geltung gekommen.

Der Ausschuss

Der von der Länderkonferenz in der Vorwoche beschlossene Ausschuss zur Errichtung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern wird, wie der Soz. Pressediensst erfährt, in der nächsten Woche

bestimmt, ob infolge der Formulierung, die er in der ersten Lesung gegeben hat, die Folge, dass er die Errichtung konfessioneller Schulen außerordentlich erschwert und im § 14 wird bestimmt, dass es kommt, dass der Lehrbucher „im Benehmen“ mit den Religionsschülern zu erfolgen hat. Die enge Formulierung genügt der Germania nicht. Sie verlangt vielmehr, dass über ihren Einspruch entschieden wird und die Worte „im Einvernehmen“ annulliert werden.“

Gute Führe!

Eine Kundgebung größtentheiliger Gernegroße

Außerdem der Bundesvorstand des Reichsbanners fordert, dass die NSP keine Reichsbanner-Partei sei, sondern der Gruppe weiter nichts mehr übrig, als die Mitglieder aufzufordern, aus der Organisation Schwarz-Weiß auszutreten, wenn die NSP nicht riskieren will, dass ihre zum Reichsbanner neigenden Angehörigen von Nationalsozialisten der Riefel oft losgelöst. Die NSP gibt ihren Erfolg an diese ihre Mitglieder mit einer Erklärung, als handele es sich hier um eine wirkliche Partei, und nicht um ein Gruppen, das in ganz Deutschland 300 Mitglieder zählt. Der „Volkstaat“ bringt diese Anerkennung des erweiterten Parteiausschusses der NSP. Der es heißt, der Bundesvorstand des Reichsbanners habe eine einheitliche politische Sachwalter des Sozialdemokratischen Partei eingesetzt, weil er in seiner Begründung auch bestreitet, dass die NSP durch ihre Erweiterung auf die Partei des offenen Kampfes gegen die Sozialdemokratie bestimmt habe. Den wichtigsten Basis sind unterteilt, so dass die NSP in ihrem Auftritt, nämlich den Basis, in der „Basis“ des Reichsbanners darum versteht, dass der NSP-Dienst mehrfach Artikel brachte, die mit dem Reichsbanner vertretenen republikanischen Tendenzen nicht zu feiern sind“, und dass „die offenen nationalpolitischen Tendenzen“ der NSP sich die „Anerkennung“ in einer einheitlichen Partei erworben haben.“

Die reaktionäre Presse springt der aus dem Reichsbanner ausgeschlossenen Gruppe natürlich hilfesbereit bei. Die Leipziger Neuesten Nachrichten, das arbeiterfeindliche „Schaufelblatt Sachsen“, blättert die Nadeln gegen den Magdeburger Bundesvorstand mächtig auf und kommt ihrem NSP-Schützling in der neuesten Nummer mit einem ganzen Leitartikel zu Hilfe. Die NSP wird sich dieser Sympathien auch würdig zu zeigen wissen. Der Volkstaat kündigt bereits an, dass der erweiterte Parteiausschuss der NSP gleichzeitig beschlossen habe, sich an den kommenden Reichstagswahlen mit eigenen Kandidaten zu beteiligen. Warum auch nicht? Wir haben so viele Splitterparteien in Deutschland, dass es auf die eine mehr wahrlich nicht mehr ankommt. Sie wird im gleichen Ruf nach abgetan werden. Selbst dann, wenn verschiedene bürgerliche Blätter im Halle NSP vergessen sollten, wie sehr sie sich bisher gegen Splitterparteien ausgesprochen haben!

Die Konkurrenzmasse

H. F. Herr Gehrer hat sich mit seinem „Danck“ an die „Wehrmacht“ nach außen hin einen leidlichen Abgang sichern wollen. Die Generale werden sicher mit der achtjährigen Amtszeitigkeit des nun Gefallenen zufrieden sein. Die Art seines Abgangs ist aber erfordert doch noch einige Handbewegungen. Zumal die Sozialdemokratische Partei seit Jahren den Rücktritt Gehlers gefordert hat. Und es sei daran erinnert, dass sie schließlich wiederholt sich zu der Erklärung berufen hat, der Eintritt in eine Regierung, der Gehler angehört, kommt für sie von vornherein nicht in Frage. Dieser Umstand spielt auch bei der letzten schweren Regierungskrise vor reichlich einem Jahre eine Rolle.

Als der Reichsfänger vorige Woche im Reichstage unmittelbar nach der Rede des Finanzministers vor Beginn der Staatsdebatte die Erklärung in der Phoebus-Sache abgab, kam das allen Fraktionen überraschend. Vielleicht haben nicht einmal die Regierungsparteien darum gewusst, denn sonst wäre die Aktion früher vorher bekannt geworden. Diese Erklärung ist in ihren Einzelheiten geradezu vernichtet für die Amtsführung Gehlers und die Rolle, die er als Wehrminister gespielt hat. Eine Plamage sondergleicher für einen Minister, der bei jeder Gelegenheit besonders betonte, dass er in seinem Reicht alles bei seinen vier Rippen habe. Ihm fandte sich, wie die Kollegen des Abgebenden und eine ihm wohlgesinnte Presse ihm goldene Brücken zu bauen suchten. Die Möglichkeit des Rücktrittsentwurfs fiel immerhin auf. Was aber war denn in den Zeitungen zu lesen: die Regierung wolle Gehler nicht ziehen lassen. Hindenburg selbst wende alle Überredungskunst auf, um Gehler zum weiteren Verbleben herumzutriegen. Am Haupt wurde noch im letzten Augenblick die Gloriola des Tüchtigen Unentbehrlichen gewunden.

Nach der Phoebus-Erklärung oder wenn man bestimmt, dass dieses ganze Kleine nichts weiter als eine schwere Läufung der Öffentlichkeit gewesen ist. Denn dass die Regierung von alledem, was in jener Erklärung des Reichsfängers, die schriftlich fixiert, also von den Ministern vereinbart war, noch nichts gewusst haben sollte, als Gehler den Abschied einreichte, erscheint ganz ausgeschlossen. Herr Marx erklärte: „Die Untersuchung hat einen Tatbestand aufgezeigt, der von der Regierung aufs ernste mißbilligt wird.“ Das ist, wenn Worte einen Sinn haben sollen, ein glattes, unverblümtes Misstrauensvotum gegen Gehler. Denn er ist verantwortlich für die unerbördliche Schweinerei, die sich in seinem Ministerium zutrug. Wenn es richtig ist, dass er davon nichts oder nichts Genaueres gewusst hat, dann verbessert das seine Position nicht, es verschlimmert sie. Man denkt nur an die Dementis, die das Reichswirtschaftsministerium loslässt, als in der Weise Räum geöffneten wurden. Nunmehr muss die Regierung bestimmen, dass alle wesentlichen Behauptungen stimmen. Kein Zweifel: die Phoebus-Affäre hat Herrn Gehler gestürzt, sein Rücktritt war kein freiwilliger. Und wenn Hindenburg ihn ernstlich hat halten wollen, dann muss auch er über den wirklichen Sachverhalt schwer und unverantwortlich getäuscht worden sein. Das alles zeigt ein böses Mänkspiel, für das nicht Gehler allein, sondern die ganze Regierung verantwortlich gemacht werden muss, die erst Lobesymbole auf den Gesetzten anstimmen lässt und einige Tage später ihm den verdienten Rücktritt gibt. Wer soll da überhaupt noch Treu und Glauben bei dieser Regierung suchen!

Zu der Sache selbst ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Bei der Beratung des Wehrrats sollen, wie Herr Marx sagte, noch nähere Auskünfte gegeben werden. Da wird man sich besonders mit den Geheimfonds des Wehrministeriums noch etwas gründlicher befassen müssen, die den ganzen Phoebus-Zoll überhaupt erst ermöglichten. Es war dem aufmerksamen Beobachter schon längst aufgefallen, dass man in diesem Reicht sozusagen aus dem vollen wirtschaftlichen Schaden mache der in den Etat gestellten Summen und ihre Verwendung umso ein geheimnisvolles Dunkel. Jetzt aber hat der Reichsfänger unumwunden angegeben, dass Geheimfonds besteht oder bestand, aus dem man Millionen über Millionen in die Phoebus hineinzuwerfen konnte. Noch immer ist schleierhaft, zu welchem Zweck. Die einzige Erklärung, dass man die deutsche Filmindustrie aus „nationalen“ Gründen vor Überförderung bewahren wollte, reicht bei weitem nicht aus. Bei den ungeheueren Kapitalien, die für die Filmindustrie in Frage kommen, wären die sechs bis acht Millionen Mark versiegeln wie Wasser auf einem heißen Stein. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass da auch persönliche Interessen eine Rolle gespielt haben. Herr Marx hat sich gegenüber solchen Vermutungen zunächst recht vorsichtig ausgedrückt. Die Behauptungen der Presse wegen persönlicher Geschäfte hätten sich „nicht erhärten lassen“. Dieser Punkt bedarf entschieden weiterer Forschung und Darstellung.

Bemerkenswert ist ferner, wie dieser anrüchige Geheimfond, der starke Täuschung mit einer Korruption-frei ist,

gutstände gekommen ist. Sicher nahm man an, daß im Wehrministerium Ersparnisse in den Ausgaben nicht entsprechend ausgemessen, sondern zu Haufen gesammelt würden, die als „freibleibend“ der Staatskontrolle entzogen sind. Nun hat man erfahren, daß es sich um Summen handelt, die „aus der Abwendung des Krieges und seinen Folgerheinungen zur Verfügung standen“. Da wird zu fragen sein, was unter dieser etwas vieldeutigen Ausdrucksweise im einzelnen zu verstehen ist. Dass der Reichstag mit einem System einverstanden sein könnte, durch das ihm die verfassungsmäßige Bestimmung über die Verwendung großer Summen von Reichsgeldern entzogen wird, ist doch kaum anzunehmen. Die sozialdemokratische Fraktion wir darf alle Fälle den Mängeln eines ertragsorientierten Ministeriums sehr gründlich nachgehen müssen. Denn in anderen sozial wichtigeren Aktionen wird geprägt bis ebenhinaus. Dieser Fall erlebt man noch jedesmal bei der Bechlagung über kulturell und sozial bedeutsame Positionen im Ministerium des Innern. Besonders schlimm war das beim Etat 1927. Wenn nicht alles läuft, wird sich der Fall beim neuen Etat wiederholen. Mit den Millionen, die man den nationalen Filmerei spendierte, hätte man viele Tränen der Sorge und des Elends stillen können. Die Empörung über jene Misgrößen kann nur aufsteigen, wenn man dabei an solche sehr naheliegende Vergleiche denkt.

Zum übrigen dürfte die Tatsache noch interessieren, daß die erst im März 1926 gegebene Bürgschaft von drei Millionen Mark auch vom damaligen Reichsfinanzminister genehmigt wurde. Das aber vor dem Demokrat Dr. Reinhold! Hat man ihm hineingelegt, oder macht er den kompromittierlichen Raum aus Absicht und Neuerzeugung mit? Es war ein wenig kostspielig, daß der Reichsanziger dieses Dokument besonders mit hervorhob, da ja auch die demokratische Presse lautet Röhr geschlagen hat. Doch die Demokratische Partei wird diesen kleinen Unfall schon verwunden.

In welchem Lichte aber erscheint in den großen Deffentlichkeit ein Ministerium, dem man eine besondere Kontrollkommission auf die Rohe setzen muß, damit „durch laufende Überwachung der Ausnutzung der einzelnen Abteilungen die aufbruchsfähige Verwendung von Mitteln von Vornherein verhindert wird“? So endete die ruhreiche, vielgelobte und dauerhafte Tätigkeit des Ministeriums Rechler. Der Starke will im entscheidenden Augenblick mutig zurück.

Die Not der Gemeinden

1. Berlin, 21. Januar. (Eig. Quelle.) Der Vorstand der Deutschen Städtekonferenz, der gestern zu einer Sitzung in Berlin zusammenkam, nahm einstimmig eine Entschließung an, in der im Hinblick auf die gegenwärtige finanzpolitische und wirtschaftspolitische Spannung an die deutschen Städteverfassungen die dringende Anforderung gerichtet wird, jede vermögensbedürftige Ansprüche zu unterlassen. Wenn sich durch die notwendige Ausgabenerhöhung bei den Gemeinden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Beschäftigungsgrad ergeben, so lasse die Befreiung in der Finanzpolitik des Reiches. Während die Wirtschaft stürmisch eine Senkung der Realsteuern verlangt und eine Reihe von Interessengruppen die Befreiung der ihnen unbenommen Steuern betreiben, so dass die Gemeindeinnahmen immer wieder eingeschränkt werden, freien den Gemeinden auch in den letzten Monaten fortgesetzte Kosten aufzutragen. Die Wohnungsaufträge für 1928 sei umgelaufen. Dazu kommt, daß das Reichsamt für gesetzliche Rentenversicherung zur Folge haben werde.

Diese Entschließung des Deutschen Städteverbandes zeigt, in welch schwerer finanzieller Notlage sich die Städte befinden. Die Folgen, die sich aus der Ausführung dieses Beschlusses ergeben müssten, werden gerade die Arbeiterklasse zu tragen haben, die Arbeitslosen, die Fürsorgeberechtigten, die Kranken und Schwachen, kurz alle diejenigen, die der Hilfe der Allgemeinheit in notwendig bedürfen. Schweren Schaden für unsre ganze Volksgesundheit müssen entstehen, wenn die Gemeinden gezwungen sind, ihre Ausgaben in dieser Weise einzuschränken. Aber was fragen die nochmächtigen Herren von der Wirtschaft daran, deren überprovozierte Einfluss, mit es zum guten Teil zu verdanken haben, daß die Einnahmen unserer öffentlichen Körperchaften so stark gedrosselt wurden. Diese Herren fordern ja immer wieder, daß die Staats- und die Gemeideaufgaben abgebaut werden müssen. Leider haben sie mit ihrem Gesicht nur allzuviel Erfolg gehabt.

Vor der Hinrichtung

8. Berlin, 24. Januar. (Eig. Quelle.) Die deutsch-nationalen Kreise weiz hente zu melden, daß der zum Tode verurteilte Feind in der Oberleutnant Schulz bereits nach Bölkendorf in die sogenannte „Mörderzelle“ übergeführt worden ist und dort der Entscheidung darüber wartet, ob die beantragte Dreiviertelstrafe zur Vorbereitung und zur Befreiung des Wiederaufnahmeverfahrens gewährt werden oder ob „die Ungemachlichkeit ihren Lauf nehmen soll“. Auch die ebenfalls zum Tode verurteilten Feindmörder Thälmann, Klapproth und Lüthofen sind inzwischen in das Strafgefängnis Bölkendorf überführt worden, nachdem die beantragte Revision durch das Reichsgericht verworfen worden ist und das Todesurteil Rechtsfrost erlangt hat. Mit der Hinrichtung dieser Mörder ist aber noch zu rechnen.

Der völkische Choralsänger

Auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters beim Landgericht Stettin ist am Sonntag der ledige Hauptmann Oberleutnant a. D. Heines, ein Truppenführer des Bundes Rohrbach, in der oberbayerischen Stadt Schönau durch Münchner und Stettiner Kriminalbeamte festgenommen und am Montag früh nach Stettin abtransportiert worden.

Heines ist eines Verbrechens der Antifaschistischen zum Tod verurteilt, der im Sommer 1920 auf einem pommerischen Gut an einem Angehörigen des Bundes Rohrbach begangen worden ist. Oberleutnant Heines ist eine der über besten Erziehungen aus der Münchner Universität. Er war langjähriger Stabschef und hatte oft solcher bis in die letzte Zeit hinein Handlungen, Nebenfälle und Verantumungsförderungen provoziert und sich dabei immer einer sehr wilden Polizei erfreut. Vor einigen Monaten ist er ganz plötzlich aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten worden. Seitdem zog er mit einer Spielskars bestehend aus Angehörigen der

Luther II.



„Und wenn die Welt voll Preußen wäre,
Und wollt ihr Recht erzwingen:

„Mein Pötschen gebe ich nicht her, —
Es muss mir doch gelingen!“

Schilljungend, im Lande herum und lang gegen Bezahlung an verschiedenen Orten religiöse und Kriegerlieber. In Schönau wollte er eben Vorbereitungen für ein neues Gaftspiel treffen.

Der Schwindel der Einheitsfront

Die Hamburger Verhandlungen über die Regierungsbildung zwischen SPD und KPD sind im Chronographen Bericht erschienen. Die Tatsache, die der vorgelegte Titel der Schrift feststellt, ist ja längst bekannt, und eine neue Resolution des GIZ bestätigt sie, indem sie wortlich u. a. definiert:

„Die Taktik der Einheitsfront ist mit einer Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisierung der Bevölkerung für eine ganze Periode. Alle Befürde, diese Taktik als eine politische Position mit der unterrevolutionären Sozialdemokratie auszulegen, sind ein Opportunismus, der von der Komintern veranlaßt wird. Die Einheitsfront ist nie und bleibt die Taktik des revolutionär-strategischen Manövers des kommunistischen Kappes im Kampf gegen Linke gegen die verantwortlichen Führer der Sozialdemokratie und ferne meiste eine Taktik des Bundes mit diesen führt.“

Die mitgeteilten Verhandlungen illustrieren das klarste aufzusehen. In ihnen nahmen Thälmann und ein noch nicht genau benannter Teil, der sich in Hamburg „Norden“ nannte. Erst nach vielseitigen Diskussionen der Verhandlungen durch Beobachter seitens der Kommunisten, ließen sich diese nach dreistündiger Verhandlung das Gesäß annehmen, daß die Bevölkerung auch in Hamburg – entsprechend älter Aussöhnung – so bleiben soll, wie bisher. Anfang der Verhältnisse der kommunistischen Führer wird auch diesmal die Macht der Arbeitersklasse in Hamburg unausgeschaut bleiben. – Das bestehen ist informierend für jeden Syndikat; leider ist keine Bezugssquelle angegeben, doch dürfte es jede Parteibuchhandlung beschaffen können (durch das Gewerkschaftsamt Hamburg oder Tietz-Verlag).

Forderungen auf Wohnungsbau

D. Im Reichstagsausschuss für Wohnungswesen führte der Abgeordnete Lipinski (Soz.) am Montag aus, daß in Deutschland bis zum Jahre 1935 rund 2,5 Millionen Wohnungen gebaut werden müßten, erst dann könnte die Wohnungsnott tatsächlich als erledigt gelassen werden. Der Redner hält es unbedingt für notwendig, ein systematisches Bauprogramm aufzustellen. Heute überlässt man alles dem Zufall und führt nichts planmäßig durch. Dadurch werde die Lösung der Wohnungsnott nur erschwert. Aba. Schirmer (Soz.) erklärte, daß ohne die Hilfe der öffentlichen Hand der Wohnungsbau nicht behoben werden könne. Aber trotz aller Drängen durch die Sozialdemokratie geschehe nichts Daraufgreifendes. – Weiterberatung Dienstag.

Oesterreichische Polizeigemeinschaft

A. Wien, 23. Januar. (Eigener Draht)

Der deutsche kommunistische Abgeordnete Thälmann warb am Sonntag nachmittag einer Gründungsversammlung des österreichischen Roten Frontkämpfers bei. Es wurde nach der Verabschiedung von der Polizei beschwichtigt und versagt, mit dem nächsten Bunde Österreich zu verlassen.

Eine größere Delegation des deutschen Roten Frontkämpfers, die ebenfalls an der Versammlung teilnehmen sollte, wurde nach einer Meldepflicht von bürgerlicher Seite im Auftrage des Bundeskanzlers vereits auf der österreichisch-österreichischen Grenze angehalten und an der Weiterreise verhindernt.

Thälmann händigte an, daß er seine Verhaftung in den nächsten Tagen im Reichstag zur Sprache bringen werde.

Manöver der Rechtsregierung

Sozialdemokratische Kritik im Reichstage

305. Sitzung. Montag, 23. Januar

Die Sitzung wird um 15 Uhr vom Präsidenten Löwe eröffnet. Das Haus lebt die erste Sitzung des Reichshaushalt für 1928 fort. Einem kommunistischen Antrag, einen Antrag auf Verlegung des Gerichts des Sparkommissärs, einen Antrag über die Hochbauangelegenheit mit der Beratung zu verbinden, wird von den Deutschen Nationalen widerstanden. Präsident Löwe teilt bei dieser Gelegenheit mit, daß die Angelegenheit ohnehin zur Spende kommen werde, weil durch einen Nachtragsetat die dem Reich aus der Reichsbud-Affäre entstandenen Kosten vom Reichstag angefordert werden müssen.

Abg. Seiffert (d. l. d.) fordert eine wirksame Majestätsfehlstrafe im Strafverfahren. Der Generalantrag bringe diese Reform nicht. Es sei nur der Ausdruck des Nachwillens, die kleinen Parteien und Gruppen zu unterdrücken. Mit so kleinen Mitteln werde man die Aufmerksamkeit-Volksbewegung nicht zurückdrängen können.

Abg. Frau Görlitz-Ruth Fischer (links komm.)

gegibt die „sogenannten Arbeitsparteien“ an, die die Politik des Bürgerblocks unterstützen. Der Staatsmann Seizinger habe sich in die Bourgeoisie angelehnt und die linke SPD wisse dazu nichts zu sagen. Aber nun die Rede eines andern Arbeitersfreundes, des Herrn Thälmann. Er habe hier gesprochen wie ein schlechter Sozialdemokrat. Seizinger schwärzt sich an – an die Bourgeoisie, Thälmann schwärzt sich an – an die SPD, an Seizinger (Herrlichkeit). Er habe an dem gleichen Standpunkt wie die bürgerlich-liberalen Politiker. Zum Unterschied von Stalin-Kommunisten verlangten die wahren Kommunisten die Verfolgung des Staatsapparates und die Herstellung der Sowjetherrschaft.

Alle Demokraten, Sozialdemokraten und rechten Kommunisten würden blau, wenn sie solche Forderungen hören (Reiterseite). Die KPD führt nicht eine Hand, um den mitteldeutschen Bevölkerung zu Hilfe zu kommen, sie laufe nur immer den Gewerkschaftshäusern nach. Der Stalin-Kommunist Brandler sei nicht besser als der Sozialdemokrat Rosé. Thälmann habe sich überhaupt geschämt, von der proletarischen Diktatur zu sprechen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erinnert daran, daß noch kein Etat der Reichsregierung mit Begeisterung aufgenommen worden sei, und man könne es verzeihen, daß der Reichstag jetzt mit großer Zurückhaltung an die Haushaltserörterung herangeht, da die Zeit der Erholung für Deutschland zu Ende geht. An der verspäteten Vorlage des Staatsrates für die Reichsregierung lehnt Thülb. Die Haushaltserörterungen für 1928 seien durchaus gut fundiert. Sowohl in den Ausgaben wie in den Einnahmen sei man bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen, um Rücksicht zu nehmen. Der Minister verspricht dann Einzelheiten.

Abg. Meil (Soz.):

Die Generaldiskussion über den Etat hat sich in diesem Jahre als eine sehr nützliche Veranstaltung erwiesen. Nur einmal hat uns Bedenkt erzählt, als wir die Rebe der Frau Görlitz

hören, die wohl ihre Abschiedsrede in diesem Hause redete. Im allgemeinen hätte wohl wohl ohne diese Diskussion die breite Öffentlichkeit kaum Gelegenheit gehabt, einen tiefen und lehrreichen Einblick in das traurige Familienleben des Regierungsbüros zu nehmen. Wir haben, wie der beste deutsche Staatsmann der Regierungsspitze Herr Dr. Ettemer, den rosenroten Optimismus des Reichsfinanzministers mit einer mobilierten Vorurteilslogik bestreift, als fühle er die Verpflichtung, die Richtigkeit der Finanzpolitik Dr. Köhlers gelobt. Kritik meines Meinens gegenüber einer möglichen Regierungspolitik des Reichsfinanzministers an Führung in der wichtigen Frage der Finanzpolitik, die zur Zeit das deutsche Volk bewegt, bestätigt. Ich sage weiter, wie ein anderes Mitglied der Regierungsspitze gegen den frisch gestimten Koalitionsfreund des Vororten steht, daß er die Gefahr der Volatilität und des Zankstandes außer acht gelassen habe. Wir haben ferner die berühmten Vertreter der zweitstärksten Regierungspolitik, die Anfrage an den Reichsanziger stellt, dem Reichsminister Unterricht über seine Bildchen gegenüber dem Reichstag erzielte und zugleich der härtesten Regierungspolitik verantwortungslose Opposition in Preußen scheint.

Gerecht und unparteiisch, wie wie Sozialdemokraten sind (Sachsen rechts), wenn wir unfehlige Zeugen der intensiven Auseinandersetzungen zwischen gegenüberliegenden Parteien sind, kennen wir gern an, daß Herr von Götzen im Reichsamt für den Deutschen Nationalen, wie man in Württemberg zu pflegen.

das Deckle vom Häuse hat,

(Reiterseite). Zug kommt wie leider auf die Ankündigung der Regierung keine großen Hoffnungen mehr, daß die Deutschen Nationalen in allerletzter Zeit die Frage einer grundlegenden Erneuerung unterziehen würden, ob Ansehen und Würde ihrer Regierungspolitik bestehen. Sie haben sich darüber bestreit, ob sie den frisch gestimten Koalitionsfreund des Vororten nicht bestreiten. Die Herrschaft des Bürgerblocks ist durch Gruß und zugleich der härtesten Regierungspolitik verantwortungslose Opposition in Preußen getrieben. Seine Taten sind die Taten der Deutschen Nationalen, wie man in Württemberg zu pflegen.

Wir unterscheiden uns von dem Reichsfinanzminister, allem dadurch, daß wir trotz den günstigen Steuerertragsträumen letzten Monats die grössten Besorgnisse um die finanzielle Ausgestaltung haben. Auch der Reichsanziger hat eine unbefriedigende Korruptionsaffäre bei der Reichsmarine

zugegeben, die sie immer mit Abrechnungsergebnissen zu prüfen gesucht hat. Ich kann es verstehen, daß der neue Reichsminister sich darüber bestreit, ob mit diesem Standort bestreit sein Amt anzutreten. Es liegt aber hier darüber, daß der Herrschaft des Bürgerblocks ein z.B. deutscher Offizier in seiner Lage war, ohne jede Kontrolle über ungezählte Millionen zu verfügen, die aus Abwidlungsfonds des Krieges herau-

Der Wechsel in der Leitung des Reichswehrministeriums

ist nunmehr offiziell vollzogen. Unter Bild zeigt der neue Reichswehrminister General Gröner mit seinem Vorgänger Dr. Gehler bei der Übergabe der Geschäfte im Ministerium.



Dross der Erklärung des Reichsanzuges, daß diese Mittel erlaubt seien, müssen wir doch fragen, wieviel Millionen noch in versteckter Weise aufbewahrt sind. Nur gelegentlich in monatlicher Weise verwendet zu werden. (Sehr wohl bei den sozialdemokratischen Parteien.) Das zweitensatz ist die Debatte einzuholen, um selbst ein Bild vollständiger Erfolgsziffer zu zeigen. Säumt jedoch es die Reichsregierung ab, deren Vertrag in aller Form mitzuteilen, das keine Erneuerung zum Verwaltungsrat oder Reichsboden auf Grund eines Rechtsvertrags, also unter falscher Voransetzung, erfolgt sei, und warum er nicht von seinem Amt zurücktreten?

Technisch hat sich auch der Minister des Innern noch lassen. Allerdings erst auf Grund sehr energischer Anstrengungen des Bürgers und noch einer Belohnung durch den Reichsanzug. Herrn Staudt muss gefragt werden, daß die wahlberatende Fraktion und darüber hinaus auch weitere Kreise des Reichstages in seiner Erfahrung eine nicht sehr wertvolle Verlegenheit insofern sehen. Wenn er aber sein Fernbleiben in eine so hämische Form kleidet, daß die Verantwortung des Landes wiederholt in einen gegen den Reichsanzug gerichteten Gefechter ausweicht, dann steht ihm das Mindestmaß von Recht gegen die Vertretung des deutschen Volkes. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Am übrigen haben die Redner des Bürgerblocks in wirtschaftlicher Weise durch ihre Ausführungen die Bemühungen meines Verteidigungsministers unterstützt, die Wähler über den Charakter dieser Regierung aufzuklären. Kein Wort ist darüber gefallen, wie die Verpflichtungen erfüllt werden sollen, die den Wählern vor den letzten Wahlen gemacht worden sind. Es ist auf jener Seite auch kein Wort der Kritik gegenüber

der Profit- und Gewaltpolitik des großen Kapitals ergebnissen. Wir wissen ja längst, daß die Vertretung des großen Kapitalinteresses vorwiegend bei den Deutschen Nationalen ist. Verteilung der Ressourcenrichtung der Wirtschaft in den Betriebungen und in der Presse der Deutschen Nationalen müssen wir diese Tatsache vor dem deutschen Volke immer

wieder feststellen. Der Redner rechnet dann mit den Drohungen des deutschnationalen württembergischen Präsidiums auf der Ministerkonferenz ab und schreibt: Deutschland wird nicht, wie gewisse Kreise es darwollten verüben, den Generalstaat irgendeines anderen Landes mündlings nachholen, sondern bei der dringend notwendigen Reichsreform das historisch Gewordene und die kulturellen Möglichkeiten berücksichtigen. Und wenn der württembergische Staatspräsident den Aufgaben erweist, als ob das württembergische Volk die Augen gegen solche Erfahrungen verschließen kann, so muß in aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß es sich dabei um

ein Manöver der Reichsregierung

für die in Württemberg bevorstehenden Wahlen handelt. Man schlägt jedoch das württembergische Volk bis zu Tief ein, wenn man glaubt, daß es einer solch parteipolitischen Demagogie auf Kosten des Reichsgegenstandes zum Opfer fallen würde. Württemberg wird bei seinem Landtagssitz ein Vorpostengesetz für die große Entscheidung im Reich liefern und dem deutschen Volk beweisen, daß bei ihm noch der fruchtbare alte Reichsgeistdrang herrscht. Damit wird es sich im wahren Sinne des Wortes als deutsch und als national erweisen, und auch die sozialen Kräfte werden sich in Württemberg enthalten zur Schaffung eines wahren sozialen Volksstaates. (Stimmender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Oskar (Nat. Rep.) dankt dem Finanzminister für sein Streben nach Sparvorsicht. Das von ihm entworfene Konjunkturteil sei aber einsichtig. Eine normale Konjunktur müsse auch in der Landwirtschaft widergespielen. Die Rolle der Landwirtschaft bedarfte des gesamten Volkes mit einer Katastrophe. Deshalb sei eine großzügige Kompromissnotwendigkeit. Der Nationalsozialistischen Bewegung und dem Reich sei ein wichtiger finanzieller Fonds.

Nach Ansprüchen des Abg. Schröder (Reichsleitung, BDP) wird die Weiserautorität auf Dienstag, 11 Uhr, vertragl. Auftakt der Fortsetzung der Debatte über die Kostengesättigungen.

Die Kosten des Reichsschulgesetzes

Reußels Erzählungen — Nur 30 Millionen Mark Reichshilfe — Die Hilfsaktion für die Landwirte

Berlin, 24. Januar. (Eig. Draht.) Der Reichsinnenminister gab am Dienstag in dem Reichstagsausschuß für Bildungswesen über die Kosten des Reichsschulgesetzes eine seiner ganzen Art entsprechende Lendentnahme. Erklärung an. Von Staudt stellte fest, daß die Reichsregierung nun wie vor diesem Standpunkt festhalten müsse, und die steuerlichen Abschläge, die durch das Gesetz den Ländern entzogen würden, von den Ländern getragen werden müssten. Obgleich die einmalige Ausgabe, die durch die praktische Ausführung und Ausgestaltung des Gesetzes im Schulbetrieb notwendig ist, soll das Reich, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, mit tragen wollen. Man will zu diesem Zweck einen Ausgleichsabschlag mit der ländlichen Summe von 30 Millionen Mark schaffen. Die Verwaltung dieses Fonds soll einer Kommission übertragen werden, in der auch die Länder vertreten sind.

Auf Rufe der heute morgen stattfindenden Debatte über die Einführung der Rei in der Landwirtschaft hat der Reichsinnenminister erklärt, daß es unmöglich sei, im Rahmen des vereinbarten oder außerordentlichen Staats Mittel in Höhe von 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag sei jedoch nicht vorhanden. Man strebe jetzt deshalb dahin, vor allem die Stimmlaute der Landwirtschaft gegen die Rentenbank erheblich zu erweitern und den Landwirten bei den Einkommensteuern entlasten zu können.

Die Kirche läuft den Schleier

SPD. Zu die gegenwärtigen Verhandlungen über das Reichsschulgesetz leuchten wie ein arrettes Schlaglicht Mitteilungen hinzu, die aus Dänemark kommen und berechtigtes Interesse herverufen. Die kirchlichen Machthabern von Anhalt haben dem Pfarrer Hans Richter aus Leopoldshall in aller Form die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens angekreidet, wenn er nicht freiwillig und ungewohnt durch Einrichtung seines Pensionierungsgeschäfts das Feld einer Tätigkeit räume. Pfarrer Richter ist Sozialdemokrat und erhielt auf seine Beschwerde, man möchte von die Tatsachen nennen, die zur Beauftragung seiner Aufsichtsführung geführt hätten, folgendes Schreiben:

„Wir entnehmen Ihnen zweifel an Ihrer Weisheit zur Entscheidung eines geistlichen Amtes in unserer Landeskirche aus Ihrer Briefst. „Vom Glauken deutscher Bildung“ (Verlag Börsig, Gotha) sowie Ihrem Bericht über die bekannte Berksammlung im Thilo (Dessau) am 10. Oktober. Weitere Mitteilungen müssen wir zur Zeit ablehnen.“

Die angezogene Schrift, die aus dem Geist der liberalen protestantischen Theologie entstanden ist und augenfällig der theologischen Facultät in Halle zur Begutachtung vorliegt, zeigt, wie jeder Kenner der kirchlichen Verhältnisse weiß, nur von Borowand. Man will im Richter nicht den liberalen Theologen, sondern den sozialdemokratischen Geistlichen erledigen. Daher ist der zweite Punkt der Anklage der Eigentümlichkeit und entscheidende. Pfarrer Richter sprach am 10. Oktober in einer Volksversammlung über das Thema: „Sozialpredigerchristentum und Kulturreaktion wider Republik und Geistlichkeit.“ Das holt propagierte Zionismus und der Standpunkt gegen das konservative Reichsschulgesetz sind Unrat und Gegenstand dieser Versammlung gewesen. Dagegen also Stellung



Ein interessanter Beitrag zur Länderkonferenz.

Gegen die Beschlüsse des Wohnungsausschusses

Der Bund Deutscher Mietervereine, e. V. (Sig. Dresden), wendet sich in einer ausführlich begründeten Eingabe an den Reichstag gegen die ablehnenden Beschlüsse des Wohnungsausschusses, die Paragraphen 52 des Mieterschutzgesetzes und 22 des Reichsmietengesetzes im Sinne einer Vereinheitlichung des Reichs abändern. Trotzdem die Länderkonferenz über Reformen beraten habe, die die Stärkung der Mieterschutz und Vergünstigung des Reichs zum Ziele hatten, erhalten die Länderregierungen praktisch die unbeschrankte Freiheit, das Mietrecht in den beiden Hauptpunkten, des der Ausübung und der Mietpreisbildung, nach Würdenden zu gestalten.

Weiter wendet sich die Eingabe gegen den Beschluß des Ausschusses, dem § 1 des Reichsmietengesetzes eine Bekämpfung hinzuzufügen, wonach das Reichsmietengesetz auf Mietverträge, die nach dem 1. April 1928 auf mehr als 2 Jahre neu abgeschlossen werden und insbesondere auf Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen und mit mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche, oder ausschließlich auf Gewerberäume beziehen, seine Anwendung finden soll.

Das irrsinnige Wettrüsten

Gegen Amerikas Flottenwahnsinn

U. Washington, 21. Januar. (Eigener Draht.)

Der amerikanische Senator Vorah, der Vorsitzende der Senatskommission für Auswärtiges, bat sich am Montag in einem überaus scharfen Aufzug gegen die Aussichten erregende Flotte des amerikanischen Admirals Plunkett gewendet. Dieser Admiral hat vor zwei Tagen „eine der sechzig existierenden Flotte riesige Flotte für Amerika“ gefordert. Vorah ruft die Seesouveränität der Vereinigten Staaten auf, dieser irrsinnigen Politik, die auf den Bau der größten Flotte auf Erden abzielt, energischen Widerstand entgegenzusetzen. Vor wenigen Tagen hatte, so steht es fest, ein englischer Admiral eine ähnliche Forderung für England aufgestellt. Wenn irgend etwas zum Krieg zwischen den großen Nationen führen könnte, so seien es solche Rüstungen zur See und ihre Vergünstigung mit Admiralkosten des Handels, daß der Krieg unvermeidlich sei. Dies sei die alleinige Politik, wie zur Zeit der wahnwitzigen Bestrebungen zwischen Großbritannien und Deutschland in den Jahren 1910 bis 1914. Diese Rüstungen hätten damals wesentlich mit zu dem Ausbruch des Weltkrieges beigetragen.

All das, so schließt Vorah, sei ein Teil eines wohl vorbereiteten Planes, die Loyalität auf ein Wettrüsten zur See vorzubereiten. Eine bekämpfende Angabe von Mitteln zum Schaden des Handels sei gerechtfertigt. Das gegenwärtige Schiffbauprogramm der Vereinigten Staaten jedoch und die sie begleitenden angeregten Reden über Krieg und Kriegsgefahr feiern in einer Wahnsinn.

Landtagswahlen in Bohemia am 29. April. Innerhalb der Parteien des böhmisches Landtages sind die Verhandlungen zum Schluß gekommen, die bekräftigen, die Reichstagssitzungen mit den böhmischen Landtagswahlen zusammenzulegen. Aufgetreten werden vornehmlich die obersächsischen Landtagswahlen ebenso wie die Wahlen zum württembergischen Landtag am 29. April stattfinden.

Das Kriegstagebuch des dreißigjährigen Matrosen Stumpf „Wie die Flotte gebaut“ (R. & W. Dick) soll gegenstand eines geschäftlichen Verfahrens werden. Ein früherer Kapitän Max Kirschfeld fühlt sich beleidigt, weil es auf Seite 48 des Tagebuchs steht, er habe als erster Offizier auf dem „Dreiflinger“ eine Brücke entdeckt, was bei uns an Bord durch seine Ungerechtigkeit verhort. Diese Stelle des Tagebuchs ist in einer Umschriftung in der Bößischen Zeitung neben andern mit abgedruckt worden. Jetzt liegt Stumpf gegen den dreißigjährigen Matrosen in Altenberg und gegen den Nebeloffizier Karl Risch als Verantwortlichen der Bößischen Zeitung. Er wollte die Klage auch auf den sozialdemokratischen Abg. Dittmann ausdehnen, weil dieser in dem Vorwort zu dem Tagebuch befunden habe, daß er mit dem Geschäftsinhalt des Buches, also auch mit der angeblichen Beleidigung, einverstanden sei. Der Reichsordnungsausschuss des Reichstages hatte für diese groteske Behauptung kein Verständnis und vertrug die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dittmann.

Die von der kleinen Entente angekündigte Aktion über den Waffenstillstand an der österreichisch-ungarischen Grenze ist, wie uns aus Wien gemeldet wird, noch nicht erfolgt, weil die von den einzelnen Regierungen für den Bölfverbund in Aussicht genommene Rolle wesentlich umgearbeitet werden mußte.

Letzte Nachrichten

Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau

SPD. Bochum, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände hatten am 24. Januar eine gemeinschaftliche Sitzung in Essen. Einstimmig wurde beschlossen, das Nebearbeitsabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April zu kündigen.

Schlußnotierungen der Produktionsbörsen

ro. Berlin, 24. Januar. (Eig. Rundsch.) Weizenmärkte: März 265½, Mai 275½, Juli 275½. Tendenz: leicht abwärts. — Roggenmärkte: März 200½, Mai 208½, Juli 212½. Tendenz: rückwärts. — Hafer: März —, Mai —, Juli 222. Tendenz: rückwärts.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

| Moldau | Ramitz | + 18 | + 12 | Brandis | + 46 | + 44 |
|--------|---------|------|------|-----------|------|------|
| Moldau | Modran | - 18 | - 24 | Reinsdorf | + 90 | + 10 |
| Eger | Laun | + 6 | + 5 | Velmeritz | + 84 | + 16 |
| Elbe | Limburg | + 38 | + 22 | Aufzig | + 66 | + 48 |
| | | | | Dresden | - 70 | - 88 |

Dresdner Kalender

Bezirke am 25. Januar. Opernhaus: Bühne Berecht: Ostello (Anfang 1928, Ende 22). Volksbühne Nr. 8087 bis 5099 — Schauspielhaus: Bühnenred. II: Jörlstauf (Anfang 1928, Ende 214½). — Übertheater: Der Stern von Strelitz (Anfang 1928, Ende gegen 18½); Eröffnung: Der Schauspieler (Anfang 1928, Ende gegen 18½); Eröffnung: Der Schauspieler (Anfang 1928, Ende gegen 18½); Der Schauspieler (Anfang 1928, Ende 22). — Theater am Schiffbauerdamm: Der Schauspieler (Anfang 1928, Ende gegen 18½); Die goldene Meisterin (Anfang 1928, Ende 22½). — Centraltheater: Hänsel und Gretel (Anfang 1928, Ende 22½); Eine Frau von Formal (Anfang 20).

Übertheater: Wittenberg, 10½ Uhr. Der Übertheater: Rollen sind bestellt für die Damen: Agnes, Blücher, Weine, Friederike. Darsteller: die Herren: Ritter, den Heil, Ruth, Willi, Jähnig.

Die Komödie. Sonnabend, 25. Uhr, wird wieder eine Vorstellung von Der Feiertag stattfinden.

Eine Weltkonjunktur?

Günstige Lage in der Konfektion und der Textilindustrie — Die Produktionssteigerung in der Maschinen- und der Eisenindustrie

Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit ist zwar sicher in erster Reihe auf die Arbeitszeit zurückzuführen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist jedoch so beträchtlich, daß man eine Freisetzung von Arbeitskräften annehmen muß, die über die saisonmäßige Abnahme des Beschäftigungsgrades hinausgeht. Nach der Statistik der Gewerkschaften waren im November 1927 7,5 Prozent der Mitglieder arbeitslos, im Dezember 12,9 Prozent, während im vorigen Jahr im November 14,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder erwerbslos waren, im Dezember 17,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist zwar noch immer wesentlich geringer als im Vorjahr, hingegen hat sie vom November zum Dezember mehr zugenommen als im vergangenen Jahr. Möglichstweise hängt die Zunahme der Arbeitslosigkeit auch damit zusammen, daß sich der

Nationalisierungsprozeß verzögert hat. Dafür spricht unter anderem auch die gegenwärtige Aufwärtsbewegung an der Börse, die zum Teil darauf zurückgeführt wird, daß die Industrie als Käufer von Kapitaleinsatz auftritt. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß vielleicht unsere Industriellen die Gewinne, die sie im vergangenen Jahre erzielt haben, nicht zu einer weiteren Rationalisierung verwenden, obgleich es bisher in unserer Industrie noch viel zu rationalisieren gäbe. Man glaubt offenbar vielzahl, daß indirekte Rationalisierung nicht zeitigen wird und ins insbesondere die Produktionsmittel nicht mehr rentieren wird.

Mit guten Hoffnungen sieht dem kommenden Jahr der befreundte Bankier und vielfache Aufsichtsrat Louis Hagen in Köln entgegen. Er führt in der Volkswirtschaft in Köln aus, wenn jetzt eine gewisse Geldflüssigkeit herrsche, so könne man nicht glauben, daß diese von langer Dauer sein könne, man müsse mit einer weiteren Belastung der deutschen Wirtschaft rechnen, die neue Mittel benötigen werde. Es sei zu hoffen, daß die seit längerer Zeit währende Absatzkonjunktur sich zu einer

Weltkonjunktur erweitern könne. Im allgemeinen kann ja unsere Industrie mit dem vergangenen Jahr trotz allen Angesetzen über die eigene Mengenkonjunktur mit ihren Ergebnissen sehr zufrieden sein. So hat das obersteaufsichtliche Geschäftsjahr der deutschen Textilindustrie eine außerordentlich gute Entwicklung gebracht. Die Umlaute des Jahres 1925 und 1926 sind weit übertroffen worden. Ein deutsches jüngstes Ereignis hat die Herrenkonfektion erzielt, wo mit einem Mehrumsatz von 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden muß. Auch für das neue Geschäftsjahr wird hohes Vertrauen gesetzt. Die Herrenkonfektion ist mit einem sehr hohen Auftragsbestand in das neue Jahr hineingegangen. Es wird sogar über Wangel an inländischen Stoffen nachgesehen. Die Herrenkonfektion kommt mit einer Absatzsteigerung von ungefähr 1925 von mindestens 15 Prozent, und auch hier ist nicht zu bezweifeln, daß das Geschäftsjahr 1928 wiederum, als der Weltmarkt wieder sich eine positive Entwicklung durch gute Abschaffungen und Zusatz 1928 bewirkt. Auch die Textilindustrie hat sich nun genügend Auftrag zu verschaffen können, während bei der Baumwollindustrie die Verhältnisse nicht ganz so günstig liegen sollen.

Die Gesamtlage der Textilindustrie.
So heißt es in einem Bericht, der in mehreren bürgerlichen Blättern erschienen ist, ist nicht unbedingt, der Absatz im Einzelhandel war während des Weihnachts- und des Ausverkaufs geschäftigt gut, die Zahlungsbereitschaft habe sich erheblich gebessert, größere Zahlungseinheiten sind von Ausnahmen abgesehen, nicht zu verzeichnen.

In einer Zuschrift an die Presse behauptet der Verein der deutschen Maschinenbauanstalten, daß der leichte Absatz des Jahres 1927 keinen Richtungsschub der seit Oktober leicht absatzende Kurve des Industriegeschäfts gebracht habe. Es wird dann weiter gesagt, daß das Jahr 1927 für die deutsche Maschinenindustrie ein Zeithorizont starker Anspannung aller Kräfte gewesen wäre. Jetzt sei die Personenzahl mit etwa 2,6 Mil-

lionen Tonnen noch unter der Personenzahl der Vorriegszeit von 3,2 Millionen Tonnen gewesen, aber die günstige Inlandskonjunktur brachte eine wesentliche Steigerung des Inlandabschlages mit sich.

Der Überschuß der Maschinenindustrie beläuft sich auf 2,5 Millionen Tonnen und stellt damit den höchsten Wert von allen deutschen Industrien dar. Es folgen dann natürlich die üblichen Angaben über Mengenkonzentration und Selbstversorger. Die deutsche Maschinenindustrie, so heißt es, müßte eine Wirtschaftspolitik fordern, die durch die gebührende Beträchtigung der Bedürfnisse der deutschen Fertigindustrie zugleich dem Resten der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Wenn die Herren vom Verein der Deutschen Maschinenindustrie dabei an eine Wirtschaftspolitik denken, die durch einen Abbau der Zollpolitik und durch entschlossene Maßnahmen gegen die gefährliche Preispolitik der Rohstoffhersteller die Herstellungskosten der Fertigindustrie vermindert, so werden sie dabei die Unterstützung der Arbeiterschaft finden. Aber die Schnauze unseres Unternehmers ist vor allem eine Wirtschaftspolitik, die darauf gerichtet ist, die Löhne der Arbeiterschaft möglichst niedrig zu halten.

die Werkstattindustrie.

Während 1925 die Auslastungsstände der deutschen Werkstaat wiedebergangs bis auf wenig über 100.000 Tonnen gefallen waren, wies der Anfang 1927 bereits wieder auf über 200.000 Tonnen auf. Dieses Jahrzehnt zeigt dann jährlich bis auf nahezu 500.000 Tonnen und Ende 1927 bei rund 475.000 Tonnen. Daraus, so wird berichtet, sei zu entnehmen, daß der Überschuß der Konkurrenz zu verhindern wird, mit Neuaufräumen in nächster Zeit nicht zu rechnen. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Werkstattindustrie werde auch heute nur noch zu einem Bruchteil ausgenutzt. Einzelne Betriebe waren sehr schlecht, eigentlich überhaupt nur mit Exportaufträgen beschäftigt. Unser Unternehmer ist bekanntlich immer so, obwohl sie durch Arbeitslöhne, Sozialleistungen und Steuern unerträglich belastet waren, aber wenn diese Last wirklich so groß wäre, so könnte man es nicht verstehen, daß sie sich noch solche Löhne aufstellen, die sie nicht unbedingt zu tragen brauchen. Der Otto-Wolff-Konzern hatte unlängst ein Blechwalzwerk in Eiserfeld an der Sieg erworbene, wo er die Produktion von Grobblechen aufnehmen wollte. Diese Absicht ist aber dem Großbetrieb schwer möglich angenommen, und er hat mit dem Wolff-Konzern darüber verhandelt, daß die Produktion von Grobblechen in dem genannten Blechwalzwerk unterbleiben möge. Der Wolff-Konzern hat sich zu einem Vergleich bereit erklärt, wenn dem Konzern vom Grobblechunternehmen dafür

eine Stilllegungsprämie

gezahlt wird. Dieser Vorschlag ist nicht ohne Vorwand. So wurden vor einiger Zeit die Niederrheinischen Stahlwerke AG, gegründet, von der Hauptproduktion aufzugeben. Doch bevor jedoch die Produktion aufgegeben wurde, erfolgte überzeugend ein Ankauf von 10 Prozent des Kapitals durch den Stahlverbund und gleichzeitig wurden die Produktionsaufgaben aufgegeben. Natürlich müssen dann die in Frage kommenden Unternehmen verloren, diese Stilllegungsosten in den Kreis ihres Erfolgsergebnisses mit hineinzunehmen. Und dann prägen sie sich wegen jede Verbesserung der Lage der Arbeiter, weil höhere Löhne angeblich für ihr Durchaus untragbar seien.

Die Eisenherren haben, als sie ihre Preise erhöhten, behauptet, daß ihre Preiserhöhungen tatsächlich nur 2 Prozent betragen. Tatsächlich ergibt sich jetzt, daß in Wirklichkeit die Preiserhöhungen bis zu 8 Prozent gehen, da man auf zweiterem Umweg neben der offiziellen Erhöhung noch weitere Preiserhöhungen durchgeführt hat, so zum Beispiel durch Halbierte des bisher gewöhnlichen Mengenabzugs. Die Eisenherren berufen sich bekanntlich zur Herstellung ihrer Preiserhöhung darauf, daß gleichzeitig mit dem Dreifachsteuern den Arbeitern eine allgemeine Lohn erhöhung bewilligt sei. Diese Lohn erhöhung beträgt aber durchschnittlich nur 2 Prozent der bisherigen Löhne, und da die Lohnsätze in der Eisenindustrie nicht mehr als 20 Prozent der gesamten

Selbstkosten ausmachen, hätte sich daraus nur die Zulässigkeit einer Preiserhöhung um 0,4 Prozent ergeben. Man sieht, daß hier, wie das so üblich ist, die Eisenindustriellen

die Lohnerschöpfungen als Vorwand

benutzt haben, um die Preise ganz ungerechtfertigt in die Höhe zu schieben. Gegen die Erhöhung der Eisenpreise haben nicht nur die Gewerkschaften entschieden Einspruch erhoben, sondern auch die Eisenarbeiter, die aber die Gelegenheit nicht vorliegen lassen, um einen Vorschlag gegen die ihnen unangenehme Sozialpolitik zu unternehmen. Der Fortgang der Nationalisierung, so behaupten sie, werde unmöglich gemacht, wenn ihre als Abschluß einer allmählichen Entwicklung zu erwartenden Freiheit in Form von Nominallohnerhöhungen einzelnen Arbeitnehmergruppen vorweg genommen werden. Die bisherige Politik des Reichsbaudienstministeriums, die immer wieder gegen diese elementaren wirtschaftlichen Grundsätze verstoßen habe, müsse endlich eine entsprechende Umstellung erfahren.

Wenn die Arbeiter darauf warten wollen, bis die Unternehmer die Lust sind, daß nun endlich die Freiheit der Nationalisierung geöffnet werden und den Arbeitern der gebührende Anteil an den Nationalisierungserfolgen gegeben werden können, so werden sie wohl sehr lange warten müssen. Welche große Erfolge die Nationalisierung nun jetzt gehabt hat, das zeigt sich zum Beispiel in der Eisenindustrie. Das Jahr 1927 war

für die deutsche Eisenindustrie ein Rekordjahr.

Die Produktion erreichte eine Höhe von rund 18 Millionen Tonnen gegen rund 9,5 Millionen Tonnen im Jahre 1926 und rund 11 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Wie die Nationalisierung gezeigt hat, das zeigen folgende Jahresangaben. Im Jahre 1926, vor Einführung des Abstundentags an den Hochöfen, betrug die durchschnittliche Tagesschmelzung 18,41 Kilo gramm, die nachher ein Sinken um 8 Prozent erfuhr. Bis zum Mai 1927 stieg sie noch auf 18,33 Kilo gramm, die Tagesschmelzung hat sich also trotz der Erhöhung der Arbeitzeit um 87 Prozent erhöht. Die Verbesserung der Arbeitzeit in Verbindung mit planmäßiger Nationalisierung hätte also in den Hochöfenbetrieben die denkbare größtmögliche Erfolge gehabt. Aber unsre Unternehmer dürfen ja nicht zugeben, daß ihnen die Nationalisierung nennenswerte Vorteile gebracht hat, weil sie damit ja auch zusätzlichen würden, daß sie bei gutem Lohn die Löhne erhöhen oder die Preise herabsetzen können.

Die amtliche Großhandelsbelastung. Die auf den 1. Januar berechnete Großhandelsbelastung des Statistischen Reichsamts war mit 188,8 gegenüber der Vorwoche 1926 nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen ist die Indezsziffer für Agrarprodukte um 0,8 Prozent auf 182,1 (Vorwoche 1926) zurückgegangen. Die Indezsziffer für industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate hat um 0,2 Prozent auf 184,6 (184,8) und die der industriellen Fertigwaren um 0,4 Prozent auf 156,3 (156,8) eingezogen.

Phönomen-Werke Gustav Hiller A.-G. In der Generalversammlung der Phönomen-Werke Gustav Hiller in Berlin wurde die Dividende auf die Stammaktien mit 8 Prozent und die Vergütung für die Vorzugsaktien mit 10 Prozent festgesetzt. Die aus dem Aufsichtsrat turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder werden wieder gewählt.

Die Trunksucht greift immer mehr um sich! Was der Trunksüchtigstellten bisher über die Ausbreitung der Trunksucht gemeldet haben, wird durch eine Meldung des Amtes für Bevölkerungsschutz wieder bestätigt. Denn in die Zahl der wegen Alkoholismus in die Kreis- und Stadtkrankenhäuser eingewiesenen Patienten ist ein Drittel gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In diesen Anstalten wurden 1918 auf 100.000 Einwohner 18 bis 20 Personen wegen Trunksucht behandelt. 1925 waren es bereits wieder 17. Der Vorriegsstand ist also fast erreicht! Dr. Salinger berichtet fürtlich, daß vor den in die Kreis- und Stadtkrankenhäuser eingewiesenen Männern im Jahre 1924 38 Prozent an Alkoholismus litten. 1925 sogar 46 Prozent und 1926 47 Prozent. Eine der fünften Teile aller Männerberufe wird in dieser Umwelt gegenwärtig von Alkoholtrunkenen in Anspruch genommen! Sicherlich werden die Geschäftsmänner in anderen Kreishäusern der Großstädte nicht anders liegen. Was tut die Regierung gegen diese Volksseuche, die viele tausend Männer und deren Nachkommen kostet? Soll etwa die dem Reichstag vorgelegte Wiedergutmachung eines Schärfestättengesetzes dem furchtbaren Leid steuern?

Mein Inventur-Ausverkauf
beginnt am 25. Januar

Um meiner werten Kundenschaft während des Ausverkaufs etwas ganz Besonderes zu bieten, gewähre ich **trotz der bedeutend zurückgesetzten Preise** die üblichen **5% Rabatt!**

| ca. 3000 Kilo Barchentbettltücher | | | |
|---|---------------------|------------|--|
| mit und ohne Kanten, nur die allerbesten Qualitäten, etwas auseingeschnitten und mit ganz kleinen Fehlern, Verkauf nur nach Gewicht | 3,00 | Pfd. jetzt | |
| Frottier-Handtücher schwere Ware, 50/100 cm | 1,15 | jetzt 1,25 | |
| Jacquard-Socken reine Wolle, moderne Dessins, beste Qualität | 1,75 | jetzt 1,75 | |
| Damen- und Kinder-Leibwäsche der ganz weib angescnitten, weit unter Einkauf | | | |
| Rohnessel das Beste vom Besten, p. amerikan. Baumwolle | | | |
| 78 cm 86 cm 140 cm 160 cm | 0,66 0,72 1,20 1,45 | | |

Damen-Konfektion

Hänels Baumwollhaus
Annenstraße 48 An der Annenkirche

5% Rabatt

Maschinenbau im Jahre 1927

Die englische Maschinenausfuhr überholte

Die Versandmenge des deutschen Maschinenbaus nach dem Ausland blieb, wie der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten mitteilt, mit rund 2,8 Millionen Tonnen noch unter der Versandmenge der Vorriegszeit (3,2 Millionen Tonnen); aber die günstige Inlandskonjunktur brachte eine wesentliche Steigerung des Auslandsbedarfs. Trotzdem die Konjunkturlage im Ausland schlechter war als im Vorjahr und der Preis bezüglichswerte Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages sich noch nicht auswirken konnte, führten die großen Anstrengungen der Maschinenindustrie um die Wiedergewinnung ihrer alten Stellung im internationalen Geschäft und die anschließende Anerkennung der Qualität deutscher Maschinen auch zu einer Steigerung der Ausfuhr. So überholte der deutsche Maschinenbau England in der Ausfuhr und erreichte wieder den Platz hinter den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Ausfuhrwertverlust der deutschen Maschinenindustrie im Jahre 1927 beträgt rund 0,75 Milliarden Mark. Damit steht der deutsche Maschinenbau unter allen deutschen Industrien an erster Stelle.

Die Erfolge des deutschen Maschinenbaus hängen ohne Zweifel eng mit der Preisentwicklung zusammen. Der Maschinenpreisindex des Statistischen Reichsamtes stand im November 1927 auf 136,9 gegenüber 136,3 im Durchschnitt des Jahres 1926. Die durch das Jahr erreichbare Preissteigerung ist minimal. Das gilt besonders, wenn man bedenkt, daß das Jahr 1926 ein ausgezeichnetes Reisenjahr mit einem gedrückten Preisen war. Während sich der Maschinenpreisindex von 136,3 am 1926 weiter erhöhte um den Großteil Entwicklung im deutschen Maschinenbau nun eine Selbstverständlichkeit (steigende Lieferungskosten und verstärkte Rentabilität) bedeutet, wie der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten behauptet, erscheint unumstritten, dass infolge der durchgeführten horizontalen und vertikalen Kooperation im Maschinenbau, der Reisefertigung und Transport, die Selbstkosten stark gesenkt wurden. Diese Tatsache mußte sich gerade im Jahre 1927 auf Grund der besseren Preisentwicklung bemerkbar machen. Wenn der Entwicklung in der Maschinenindustrie eine Gefahr droht, so kommt dafür nur die Eisenpreissteigerung in Frage, die nach den Angaben der Eisenindustriellen nur 2 Prozent betragen soll, in Wirklichkeit aber rund 8 Prozent beträgt. Es liegt auf der Hand, daß die schwere Industrie mit ihrer Preisüberziehung nicht die nötige Rückicht auf die außerordentliche und wachsende Bedeutung unserer Fertigindustrie für die deutsche Volkswirtschaft im allgemeinen und für die Stellung der deutschen Ausfuhr auf dem Weltmarkt im besonderen nimmt.

So weit die künftige Konjunkturentwicklung in Frage kommt, äußert der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten in seinem Bericht für den Monat Dezember Befürchtungen, ob die Abnahme der Anfragen und Aufträge in den letzten Monaten Ausdruck einer sich abschwägenden Inlandskonjunktur ist. Dagegen ist im Auslandssicht, das vor einiger Zeit rückläufig war, seit Oktober 1927 eine Rückgewinnung der Aufträge zu verzeichnen. Die im Dezember offiziell gefestigten Arbeitszahlen machen rund 70 Prozent der Sollzahl aus. Der bei den meisten Firmen vorhandene

Auftragbestand gestattete auch noch bis auf weiteres die Aufrechterhaltung der bisherigen Beschäftigung. Erhöhte Schwierigkeiten bereitet allerdings die Materialbeschaffung. So verlangen die Walz- und Edelstahlwerke zum Teil sehr lange Lieferfristen. Auch Frühjahrsbeschreibungen, die die Werkstattfertigung in der Maschinenindustrie fördern und unterstützen, waren keine Seltenheit.

Glänzend beschäftigt ist zur Zeit die Legilmashinen-industrie, die sich mittler in der Erneuerung ihrer Maschinenpark befindet. Auch die Waggonfabriken, der Automobilbau und die Werkzeugmaschinenindustrie sind mit beständigem Auftragen beschäftigt. Entwickelt der Sezon sind in den Landmaschinen- und Baumaschinenindustrie und im Ausland geschäftlich des Deutzmaschinenbaus Rückgänge in den Aufträgen zu verzeichnen.

Aus aller Welt

Dreizehn Opfer der Württlinger Explosion

Die Württlinger Hochöfenexplosion hat zwei weitere Todesopfer gefordert. In der Nacht zum Montag sind wieder zwei Verletzte ihren Verleugnungen erlegen, so daß sich die Zahl der Todesopfer auf dreizehn erhöht.

Das Gewerbeaufsichtsamt Saarbrücken-Land konnte, wie amtlich mitgeteilt wird, bei der Bergwerksaufsicht mit der Staatsaufsicht vorgenommenen Untersuchung über die Ursache der Katastrophen weder einen Verdacht gegen die Unfallverhütungsverordnungen noch gegen anerkannte Regeln der Wirtschaft und der Technik feststellen. Es kann nicht mit Bestimmtheit angenommen werden, ob die Verwendung von einem Sacrofex das Werk des Unfalls habe sich in vorzülichem Zustand befunden.

Das Kind im Koffer

Berlin, 24. Januar. (Eig. Junktspur.) Am Montag wurde in Berlin eine 28 Jahre alte Hausangestellte unter der schweren Verdächtigung, ihr neugeborenes Kind getötet zu haben, festgenommen. Das Mädchen war bei einer Familie in der Holsteinischen Straße in Stellung. Sie geriet in den Verdacht, einen kleinen Koffer zur Kontrolle auszumachen, widerlegte sich das Verdacht aber, und 8 Prozent beträgt. Es liegt auf der Hand, daß die schwere Industrie mit ihrer Preisüberziehung nicht die nötige Rückicht auf die außerordentliche und wachsende Bedeutung unserer Fertigindustrie für die deutsche Volkswirtschaft im allgemeinen und für die Stellung der deutschen Ausfuhr auf dem Weltmarkt im besonderen nimmt.

So weit die künftige Konjunkturentwicklung in Frage kommt, äußert der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten in seinem Bericht für den Monat Dezember Befürchtungen, ob die Abnahme der Anfragen und Aufträge in den letzten Monaten Ausdruck einer sich abschwägenden Inlandskonjunktur ist. Dagegen ist im Auslandssicht, das vor einiger Zeit rückläufig war, seit Oktober 1927 eine Rückgewinnung der Aufträge zu verzeichnen. Die im Dezember offiziell gefestigten Arbeitszahlen machen rund 70 Prozent der Sollzahl aus. Der bei den meisten Firmen vorhandene

Bom Zug erfaßt
Berlin, 23. Januar. (Eig. Junktspur.) Der Fahrgäste-Passagier Paul Busch aus Goldberg wurde am Sonntag mit seinem Personenauto in der Nähe der Station Friedberg auf der Strecke Greifswald-Berlin (Sachsen) Friedberg von einem Personenzug erfaßt. Busch und ein neben ihm sitzender Herr namens Sünder aus Stendam wurden getötet. Die drei anderen Insassen des Wagens waren mit leichteren Verletzungen davon. Der Bahnhofsvorhang bei Friedberg ist nicht gesichert.

Ungeheure Heizer

Der im Dienste der Stadt Frankfurt am Main beschäftigte Heizer Witz sollte in Begleitung eines Angehörigen 30.000 R. von seiner Dienststelle zur Stadthauptpost bringen. Er hatte solche Vorsorgungen schon getroffen und genug volles Vertrauen. Am Freitag trennte er sich plötzlich unterwegs von seinem Begleiter und kehrte auf seinem Fahrrad mit dem ihm anvertrauten Geld zurück. Alle Nachforschungen nach ihm waren bisher vergeblich.

Ginstralatastrope in Nürnberg

Bei dem Bau einer Schuhfabrik stürzte am Montag ein über dem Dach liegender Teil einer Giebelmauer unter großem Gewicht plötzlich herab und durchschlug das Dach eines Wohnhauses, in dem sich mehrere Arbeiter und Arbeitnehmer befanden. Während ein Arbeiter auf der Stelle getötet wurde, wurden zwei weitere schwer und vier leicht verletzt. Eine Frau wurde schwer von den herabstürzenden Steinmassen getroffen, doch an ihrem Hals waren geweckt werden müssen.

Hochstahlunglüx

Bei der Ausführung einer Reparatur an einem Hochstahl des Postgebäudes am Reichstagshof 12 in Berlin inigte der Schlosser Wilhelm Gentel am Montag in den Rahmensteller. Die Unglüx ist darauf zurückzuführen, daß sich aus bisher nicht geklärten Gründen der Rahmen in Bewegung setzte.

Flugzeugunfälle

Ein Postflugzeug, das zwischen Bergamo und Cagliari verkehrte, ist in der Nähe von Tarragona (Spanien) abgestürzt. Unter den Trümmern des Apparates, der Feuer gefangen hatte, wurden die verfolchten Leichen zweier Passagiere herabgezogen. Der Pilot war schwer verletzt. — Ein deutsches Postflugzeug, das aus Barcelona kam und nach Marseille unterwegs war, stürzte eine Motorpanne und stürzte in der Nähe von Vitoria (Spanien) heruntergehen. Die Reisenden blieben unverletzt. — Ein anderes deutsches Flugzeug, das von seinem Kontrahenten Hans Kleins geführt wurde, mußte infolge eines Magnetenfalls auf einem Feld in der Nähe von Avignon (Frankreich) landen. Die Passagiere, zwei Amerikaner, die von der französischen Riviera kamen, erlitten leichte Verletzungen. Das Flugzeug konnte nach einer Reparatur seinen Flug nach Stuttgart fortsetzen.

Hochwasser in Schottland

In der Wasserschotter Warden in Schottland sind viele Straßen durch Hochwasser das Aufsatz überwunden worden. Das Dorf Ballater steht teilweise 1½ Meter unter Wasser. Der Schaden ist großer Schaden entstanden. Viel Vieh ist ertrunken; die Wintersfatten sind zum großen Teil weggezwungen worden.

Dein Spargroschen



Spart in die
Sparkasse
des Konsumvereins!
dort arbeitet er in deinem Interesse!

Die Sparanlagen werden versiebt
100% Rendite mit 6 Monat Fälligkeit mit 3 Jahren unbefristet mit

5% 6% 7%

Zurückzahlung in allen Verteilungsstationen

Konsumverein

Vorwärts

Lagerkeller Plauen Linien 15, 22, 1
Montag Dienstag 7 Uhr:

Der beliebte Damenball

Empfehlungen Vereinen meinen Saal.

In jedes Arbeiterheim die Volkszeitung

Eine sichere
Kapitals-Anlage

Ist und bleibt
ein gutes Buch.
Wir beraten Sie
gern.

Volksschulungen

Stipendialien! Sei die
Volkszeitung!

„ATLANTIC“

Annenstraße 16

Ein
Waggon grüne Heringe trifft am Mittwoch ein
Ausnahmepreis für Mittwoch, Donnerstag, Freitag

1 Pfund 17 Pf.
3 Pfund 48 Pf.

JW 111

P. Palast-Theater

DRESDEN-N. ALAUNSTR. 28

Ab heute Dienstag!

1. Fred Thomson und sein Silberkönig
in: Der gefährliche Feigling

2. Lilo Herrmann
Die Erbin von St. Alban

Der Roman eines aufdringlichen kleinen Babys.
Werktag: 6.30. 8.00 Uhr. Sonntags: 4. 6. 15. 8.30 Uhr.

Wo treffen wir?
ans heute?

bei Herrn. Transler,
Hofcafé am 163/20
Eissenberger Straße 15
Gute Doktoren Str.
Merkwürdig nach Tage frei
Vorstand: Klaus. Wulff
Tel. 1110. Ferne 5887

Blenerhöng

vor. rein. Nur 8.30
10.45 Uhr. Tages 11. - 12.30
13. - 14.30 Uhr. Wochentags
um 11.30 Uhr. Wochentags
um 11.30 Uhr. Wochentags
um 11.30 Uhr. Wochentags

Mr. Kanin
Katzen
Flüsse

faut zu hören. Preisen
P. Wadewitz
Welt-Gebäude 11928
Westinerstraße 34.

Königshof-Theater

Uhrzeit: 8. 10. Tel. 4012. Zuschauers

Letzte Woche!

Der Januar-Edition:

Die geschiedene Frau

Operette von Oskar von
Stüller von Leo Fall

Die Karima-Girls

Verkauf: Kino und Theater-Kaufhaus.

Samstags 11.30. 12.30. 13.30 Uhr.

Wochentags 11.30. 12.30 Uhr.

Wochentags 11.30. 12.30 Uhr.

Amsterdam-Lichtspiele

Laubegast Linie 19

Ab Mittwoch bis mit Sonnabend

Charleston ist Trumpf!

7 Uhr aus einer neuen Ue.

Tau: Denkle-Märkte / Großkabinett / Kulturticket

Ab Anfang 1/2 und 1/2 Uhr.

Sonntags 11.30. Gr. Kindervorstellung.

Leuben.

Bestellungen auf die Volkszeitung und

an sämtliche Bücher u. Zeitschriften

Annoncenannahme

Reklamebüro Willy Bischle, Leuben

Stephensonstraße 22, 1

